

Nostrifizierung medizinischer Studienabschlüsse von Flüchtlingen (Nostrifizierungsempfehlung Medizin Flüchtlinge)

Das damalige Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung, die Österreichische Ärztekammer sowie die fachlich betroffenen Universitäten haben die Frage der Vorgangsweise bei der Anerkennung ausländischer medizinischer Qualifikationen von Flüchtlingen beraten. Es wird empfohlen, wie folgt vorzugehen:

1. Die erste Anlaufstelle für Flüchtlinge, die eine Anerkennung ihrer medizinischen Qualifikationen anstreben, ist immer eine der Medizinischen Universitäten Wien, Graz und Innsbruck bzw. die Medizinische Fakultät der Universität Linz. Die Österreichische Ärztekammer wird diese Personen, falls sie sich an sie wenden, an die Universitäten weiter verweisen. Für die Antragslegitimation gilt, dass § 90 Abs. 1 des Universitätsgesetzes 2002 – UG, BGBl. I Nr. 120/2002 – UG, in der geltenden Fassung (zwingende Notwendigkeit der Nostrifizierung) im Hinblick auf § 4 Abs. 3 Z 1 lit. a bzw. § 4 Abs. 4 Z 2 lit. a ÄrzteG 1998 jedenfalls erfüllt ist, sofern die Ausübung des ärztlichen Berufes angestrebt wird.
2. Nach der rechtskräftigen Entscheidung der Universität über den Nostrifizierungsantrag hat sich die Antragstellerin bzw. der Antragsteller an die Österreichische Ärztekammer zwecks Entscheidung gemäß § 4 ÄrzteG 1998 zu wenden. Folgende Fälle sind zu unterscheiden:
 - Wird dem Nostrifizierungsantrag stattgegeben, ist das besondere Erfordernis des § 4 Abs. 3 Z 1 lit. a bzw. § 4 Abs. 4 Z 2 lit. a ÄrzteG 1998 erfüllt.
 - Wird der Nostrifizierungsantrag abgewiesen (was bedeutet, dass die Universität nach sachlicher Überprüfung aller Nachweise zum Schluss gekommen ist, dass keine Gleichwertigkeit des Studienabschlusses der Antragstellerin bzw. des Antragstellers mit dem Abschluss der österreichischen Studienrichtung Humanmedizin bzw. Zahnmedizin gegeben ist), ist das besondere Erfordernis des § 4 Abs. 3 Z 1 lit. a bzw. § 4 Abs. 4 Z 2 lit. a ÄrzteG 1998 nicht erfüllt.
 - Wird der Nostrifizierungsantrag deshalb zurückgewiesen, weil die vorhandenen Unterlagen nicht ausreichen, um eine Überprüfung der Gleichwertigkeit des ausländischen Studienabschlusses vornehmen zu können, so ist zu überprüfen, ob

die Fälle des § 4 Abs. 5 oder 6 ÄrzteG 1998 vorliegen. Sobald der Österreichischen Ärztekammer der rechtskräftige Bescheid über die Zurückweisung vorgelegt wird, wird sie diese Frage prüfen.

3. In diesem Zusammenhang darf darauf hingewiesen werden, dass die ausreichende Beherrschung der deutschen Sprache sowohl im studienrechtlichen als auch im ärztrechtlichen Verfahren ein wesentliches Kriterium darstellt.